

Redaktion 21366 - Geschäftsstelle 15018
Postfachkonto: Dresden Nr. 14797

Redaktion und Geschäftsstelle:
Dresden, H. 16, Holbeinstr. 46

Sächsisch- Volkszeitung

Bezugspreis: Vierteljährlich inkl. Post und Abgabe A mit illustrierter Beilage 18.75 M., Ausgabe B 11.25 M.
Die Sächsische Volkszeitung erscheint an allen Wochentagen nach. - Druckstunde der Redaktion: 11 bis 12 Uhr vorm.

Abgabe: Annahme dem Geschäftsbezogen bis 10 Uhr, von Familienangehörigen bis 11 Uhr vorm. - Preis für die
Beitragsteller 1.40 M., im Restanteil 3.50 M., Familienangehörigen 1.80 M. - Für unentgeltlich gedruckte, sowie durch
Fernsprecher aufgetragene Anzeigen können wir die Verantwortlichkeit für die Richtigkeit des Textes nicht übernehmen

Die deutschen Gegenworschläge

Ein heißes diplomatisches Ringen hat sich zuguterletzt noch um die Form und den Inhalt der neuen deutschen Vorschläge entsponnen. Nachdem die amerikanische Regierung sich, allerdings unter bestimmten Voraussetzungen, zur Vermittlung von „geeigneten“ Vorschlägen an die Entente bereit erklärt hatte, suchte sie, um nicht eine Harding'sche Aktion von vornherein der Gefahr des Scheiterns auszuweichen, diese Vorschläge inhaltlich so zu formulieren, daß eine Ablehnung durch die Entente nicht gut hätte verantwortet werden können. Während wir also demgemäß auf der einen Seite durch Amerika den Faden für die Wiederaufnahme von Verhandlungen wieder knüpfen, mühten wir andererseits diesen Faden recht schwer mit Zugeländnissen belasten. Unsere Position war damit, rein äußerlich betrachtet, zweifellos nicht erleichtert. Immerhin hatten wir andererseits doch wieder bestimmte positive Vorteile, die zunächst allerdings lediglich verhandlungstechnisch zu betrachten sind. Nach der Stimmung auf Seiten der Entente hätte man wohl damit rechnen müssen, daß Vorschläge, die ihr direkt unterbreitet, aber von ihr nicht als genügend angesehen worden wären, eine Zurückweisung erfahren hätten, und es damit zu einem Bruche gekommen wäre, den die französischen Militaristen und Imperialisten geradezu ersehnen. Schreien sie doch jetzt schon wieder in ihrer Presse, daß auch für den Fall, daß es zu einer Einigung mit Deutschland käme, die Befestigung des Ruhrgebietes und auch die Blockade Hamburgs erfolgen müsse, und zwar solange, bis die Garantien für die übernommenen Verpflichtungen fest verankert sind. Die Sicherheit, daß Deutschland das tue, sei einzig und allein in der Befestigung des Ruhrgebietes gegeben. Die Okkupation des Ruhrgebietes würde auch nicht eher aufgegeben werden, als bis die Restsumme an den am 1. Mai fälligen 20 Milliarden, die von der Entente mit 12 Milliarden berechnet wird, abgetragen sei. Mit Rücksicht auf alle diese Momente hat Amerika der deutschen Regierung bestimmte Vorschläge bezüglich der Wiedergutmachung des Antriebens gemacht. Amerika hat sowohl an der Form, wie auch an dem Inhalt dieser Vorschläge Ausstellungen gemacht, die zum Teil recht entscheidender Natur sind. Vor allem hat das Angebot von 50 Goldmilliarden Gegenwert wieder zu Mißverständnissen geführt, und man will klar wissen, welche Endsumme Deutschland zu zahlen sich verpflichtet. Man wird dabei der Pariser Forderung von 226 Milliarden haarscharf nahe kommen! Auch über die Bürgschaften, die Deutschland für die Anleihe sowohl, wie für die sonstigen Abtragungen geben will, mühten klarere Formulierungen getroffen werden. Man muß sich bei der ungeheuerlichen Größe des Objectes darauf gefaßt machen, daß nicht nur Eigentum des Reiches, sondern auch Eigentum der Staaten zu dieser Sicherheitsleistung die Grundlage bieten muß.

Der deutsche Vorschlag zur Wiedergutmachung

Berlin, 26. April. Dem stellvertretenden amerikanischen Geschäftsträger in Berlin ist am 24. d. Mts. folgende Note übergeben worden:

Die Regierung der Vereinigten Staaten von Amerika hat in ihrem Memorandum vom 22. d. Mts. in bankenwertiger Weise die Möglichkeit eröffnet, nochmals auf dem Wege von Verhandlungen das Reparationsproblem zu lösen, bevor es durch Zwangsmaßnahmen unlösbar gemacht wird. Die deutsche Regierung würdigt diesen Schritt der amerikanischen Regierung nach seiner ganzen Bedeutung. Sie hat sich bemüht, in den nachstehenden Vorschlägen

das Neueste anzubieten, was nach ihrer Ueberzeugung die deutsche Wirtschaft selbst bei günstigster Entwicklung aufzubringen vermag. Sie lautet folgendermaßen:

1. Deutschland erklärt sich bereit, zum Zwecke der Reparation eine Gesamtverpflichtung von 50 Milliarden Goldmark gegenwertig anzuerkennen. Deutschland ist auch bereit, den Wert dieser Summe in Annuitäten, die seiner Leistungsfähigkeit angepasst sind, zum Gesamtbeitrag von 200 Milliarden Goldmark zu zahlen. Deutschland will seine Zahlungsverpflichtungen in nachstehender Form mobilisieren.
2. Deutschland legt sofort eine internationale Anleihe auf, deren Höhe, Zinssatz und Amortisationsquote zu vereinbaren wären. Es wird sich an dieser Anleihe beteiligen und ihre weitgehende Vergünstigungen gewähren, sie auch mit solchen Unterlagen ausstatten, daß ein möglichst großes Auskommen erwartet werden kann. Der Betrag dieser Anleihe wird den Alliierten zur Verfügung gestellt.
3. Den Betrag, der zu zahlenden Summe, der durch die internationale Anleihe nicht gedeckt ist, wird Deutschland nach Maßgabe seiner Leistungsfähigkeit verzinsen und amortisieren. Deutschland hält hierfür zurzeit nur eine Verzinsung von 4 Prozent jährlich für möglich.
4. Deutschland ist bereit, die beteiligten Mächte an einer Besserung seiner Finanz- und Wirtschaftslage teilnehmen zu lassen. Die Amortisation der Restsumme wäre zu diesem

Zweck variabel zu bezeichnen. Zur Falle der Besserung für die ein Indeschema festzustellen wäre, würde sie steigen, im Falle der Verschlechterung entsprechend sinken.

5. Um die Restsumme möglichst rasch abzulösen, will Deutschland sich mit aller Kraft am Wiederaufbau der zerstörten Gebiete beteiligen. Es hält den Wiederaufbau für die dringendste Aufgabe der Reparation, weil damit am unmittelbarsten Kriegselend und Völkerhag gemildert wird. Deutschland erbietet sich, dem Wiederaufbau bestimmter Dörfer und Städte selbst zu übernehmen, oder auf jede andere den Alliierten erwünschte Weise mit seiner Arbeit, seinen Materialien, und seinen Hilfsmitteln am Wiederaufbau mitzuwirken. Die Kosten seiner Leistungen würde es selbst zu tragen haben. (Näheres ist hierüber in der deutschen Wiederaufbaumnote an die Reparationskommission gesagt.)

6. Zum gleichen Zwecke ist Deutschland bereit, über den Wiederaufbau hinaus nach einem möglichst rein humanitären Verfahren Sachleistungen auf die geschädigten Staaten zu übernehmen.

7. Um den unverkennbaren Beweis seines guten Willens zu geben, ist Deutschland bereit, der Reparationskommission alsbald den Betrag von einer Milliarde Goldmark in folgender Form zur Verfügung zu stellen: a) 150 Millionen Goldmark in Form von Gold, Silber und Devisen. b) 850 Millionen Goldmark in Reichsbankguthaben, die längstens innerhalb dreier Monate in Devisen und ausländischen Wertpapieren eingelöst werden.

8. Falls es dem Wunsch der Vereinigten Staaten von Amerika und der Alliierten entsprechen sollte, würde Deutschland willens sein, nach Maßgabe seiner Leistungsfähigkeit Verpflichtungen der Alliierten aus ihrem Schuldverhältnis zu den Vereinigten Staaten auf sich zu nehmen.

9. Deutschland schlägt vor, daß über die Art und Weise, wie die deutschen Leistungen zu Reparationszwecken auf die deutsche Gesamtschuld anzurechnen sind, insbesondere über die Festlegung der Preise und Werte unter Hinzuziehung von Sachverständigen verhandelt wird.

10. Deutschland würde bereit sein, für alle Arten von Kredit den Geldbesitzer in einer nach zu vereinbarenden Weise an öffentlichem Eigentum und öffentlichen Einkünften jede erforderliche Garantie zu geben.

11. Mit der Annahme dieser Vorschläge erlöschen sämtliche anderen Verpflichtungen Deutschlands zu Reparationszwecken. Auch wird dadurch das deutsche Privatvermögen im Auslande frei.

12. Deutschland hält seine Vorschläge nur für durchführbar, wenn das System der Sanktionen alsbald aufhört, die gegenwärtige Basis der deutschen Produktion nicht noch weiter herabsetzt, die deutsche Wirtschaft zum freien Weltverkehr zugelassen und von unproduktiven Aufgaben entlastet wird.

Diese Vorschläge sollen den freien Willen Deutschlands bezeugen, die Kriegsschäden bis an die Grenze seiner Leistungsfähigkeit zu ertragen. Sowohl die angebotene Summe wie die Zahlungsmodalitäten richten sich nach dieser Leistungsfähigkeit. Soweit über ihre Beurteilung Meinungsverschiedenheiten bestehen sollten, empfiehlt die deutsche Regierung, sie durch eine allen beteiligten Regierungen gemeinsame Kommission anerkannter Sachverständiger prüfen zu lassen. Sie erklärt im voraus, ihre gutachtliche Entscheidung als bindend anzunehmen.

Sollte eine andere Form der Vorschläge nach Ansicht der Regierung der Vereinigten Staaten die weitere Behandlung der Angelegenheit erleichtern, so würde die deutsche Regierung bitten, daß sie auf die Punkte aufmerksam gemacht wird, in denen etwa der amerikanischen Regierung eine Veränderung wünschenswert erscheint. Auch würde die deutsche Regierung andere Vorschläge der amerikanischen Regierung bereitwillig entgegennehmen.

Die deutsche Regierung ist zu tief davon überzeugt, daß der Friede und die Wohlfahrt der Welt von einer schleunigen gerechten und billigen Lösung der Reparationsfrage abhängen, um nicht alles zu tun, was in ihren Kräften steht, damit die Vereinigten Staaten in die Lage versetzt werden, die Aufmerksamkeit der alliierten Regierungen auf die Angelegenheit zu lenken. Berlin, 24. April 1921.

Die Erklärung Dr. Simons vor dem Reichstag

Berlin, den 27. April

Die deutschen Vorschläge, die zu treuen Händen des Präsidenten Harding gegeben sind, hat der Außenminister Simons nach mehrmaligem Aufschub dem deutschen Reichstag unterbreitet. Die Einzelheiten der deutschen Vorschläge in ihrer Gesamtwirkung haben im Reichstag eine allzu große Heberfurchung nicht hervorgerufen, weil man mit großen Zügen über sie bereits unterrichtet war. Der Außenminister Simons, der nicht das ist, was man einen Schönredner nennt, brachte die deutschen Vorschläge in seiner etwas kühl nüchtern anmutenden Weise dem Parlament zur Kenntnis und begründete im Anschluß daran im einzelnen den Standpunkt der Regierung sowohl zu der Frage der Aktion selbst als auch zu den einzelnen Vorschlägen. Der Reichstag nahm die Ausführungen Simons zunächst mit einer begeisterten Zurückhaltung auf; weder Weisfallstundgebungen, noch solche des Mißfallens wurden laut, nur hier und da hörte man vereinzelte Zustimmung. Diese Zurückhaltung des Parlaments ist begreiflich, denn niemand ist in der Lage, die deutschen Vorschläge in ihrer Gesamtwirkung im Augenblick zu erfassen. Dazu wird es notwendig sein, daß die einzelnen Fraktionen des Reichstages Gelegenheit haben, sich in den Inhalt der deutschen Note und über die Auswirkung ihrer einzelnen Vorschläge zu vertiefen, um eine Stellungnahme zu finden. Aus diesem Grunde trat das Haus, dem Wunsch mehrerer Parteien entsprechend, nach der Rede Dr. Simons nicht in die Aussprache ein, sondern vertagte sich auf Mittwoch. In-

zwischen werden die Fraktionen Gelegenheit haben, zu den deutschen Vorschlägen Stellung zu nehmen.

Auf der Tagesordnung stehen zunächst Anfragen. Abg. Breunig (Unabh.) erkundigt sich nach dem Verbleib der 4 1/2 Millionen, die dem Reichstagsminister für Fischzucht von Flügge vom Reichsverband für See- und Küstentischerei zur Unterstützung der aus dem Redde heimkehrenden Seefischer übergeben worden sind. Vom Regierungssitz wird geantwortet, der Reichsverband, der erst 1920 gegründet worden sei, habe niemals 4 1/2 Millionen für den in der Anfrage erwähnten Zweck aufgebracht. Abg. Kunnert (Unabh.) führt in einer Anfrage Beschwerde darüber, daß die Redakteure des „Reiger Volksboten“ verurteilt worden sind, weil sie von Klassenjustiz in den Fällen Marloh, v. Hiller und v. Weisel gesprochen haben. Ein Regierungsexpoteur verweist auf das Strafgesetz, das die Verurteilung rechtfertigt. In einer weiteren Anfrage wirft Abg. Kunnert (Unabh.) der Regierung vor, sie habe die kommunikativen Ansuchen in Westdeutschland dadurch veräußert, daß sie den deutschnationalen Erbschaftsbesitzern nicht rechtzeitig entgegengetreten sei. Oberst Ringer antwortet, die Verantwortung für den Zustand trafe ausschließlich die kommunikativen Server, nicht die deutschnationalen Presse.

Außenminister Simons

vertritt zunächst den Wortlaut der Note an die amerikanische Regierung und geht sodann auf die Entschloßung der Reparationsfrage ein. Die Note, die in London bestand, war zu groß, um noch während der letzten Konferenz überbrückt werden zu können. Neue Verhandlungen wurden uns durch die Entente sehr erschwert. Aber es mußte ein Weg gefunden werden, um zu neuen Verhandlungen zu kommen.

Unser erster Plan, auf dem Wege der Einverständigenkonferenz den Wiederaufbau in Frankreich zu betreiben, wobei nicht allzuviel deutsche Arbeiter nach Frankreich versandt werden sollten, hat sich nicht als glücklicherweise erwiesen. Infolgedessen haben wir andere Vorschläge unterbreitet, die sich an die Erfahrungen anlehnen, die wir bei dem Wiederaufbau Italiens gemacht haben. Frankreich möchte das Hauptgewicht auf die Geldzahlungen legen, was durch natürlich der Wiederaufbau und sehr verteuert wird. Die Pläne der freien Gewerkschaften, die die Regierung in ihren Vorschlägen aufgenommen hat, können erst nach einer gewissen Verständigung mit den fremden Regierungen durchgeführt werden.

Der zweite große Gedanke, der uns leitete, war der Plan einer im Reichsfinanzministerium ausgearbeiteten internationalen Anleihe, die auch zugleich unserem eigenen Geldbedarf abdecken soll, daß ist zu diesem Zweck mit den Entente-regierungen neue Verhandlungen einleiten mußte, lautet ein. Eine Vereinbarung neutraler Regierungen habe ich nicht nachgesehen. Das hätte wäre es gewesen, mit Frankreich direkt zu verhandeln, aber was uns aus Frankreich entgegenstand, war nicht ermutigend. Deshalb habe ich mich während meines Schweizerischen Aufenthaltes auf das bekannte Interview eingelassen, um den Eindruck in Frankreich zu zerstreuen, als seien wir lediglich ein unwilliger Zahler. Wenn in dem Interview war nur der Tag über die Zugehörigkeit zum Kabinett. Dieser Bezug hat aber nicht auf das angebliche Kabinett, sondern auf ein beliebiges Kabinett der Zukunft. Somit schien der Weg über Amerika der beste. Eine neutrale Macht hat sich uns an, uns den Weg nach Amerika zu ebnen. Das habe ich ohne Bedenken angenommen.

Was die Indispositionen in der deutschen Presse anbelangt, die an Landesverrat grenzen, so habe ich bislang, um nicht etwa eine fremde Macht zu kompromittieren, von einer Verfolgung der Sache Abstand genommen, werde jetzt aber entsprechende Schritte einleiten. Der Schritt der Amerika war gewiß ungeschicklich. Aber ein Staat, der sich selbst auf den Boden des Schiedsgerichts stellt, eignet sich am besten zum Schiedsrichter. Wir haben ja auch nicht Amerika selbst angezogen, sondern die Instanz der Gerechtigkeit. Ist das nun eine Würdlosigkeit? Die Gewichte selbst wird die Vertretung meines Standpunktes anerkennen. Die Verantwortung war groß. Das Kabinett hat sie übernommen und ich will sie tragen. Nachdem nun Präsident Harding wohl das Schiedsgericht abgelehnt, aber sich zu einer Vermittlung bereit gefunden hat, mußte auch der zweite Schritt getan werden. Bildung sind allerdings noch keine Rückfragen von amerikanischer Seite an uns gelangt, was bei der Kürze der Zeit ja auch nicht wundernehmen kann. Redner begrüßt sodann den Inhalt der Note im einzelnen und geht insbesondere auf die Annuitäten ein, für die wir trotz der Schwankungen im Wirtschaftsleben noch eine feste Summe anbieten müßten, in die eventuell die Übernahme der amerikanischen Schulden der Entente eingezogen werden kann.

Nur durch finanzielle Kraftleistung können wir aus der traurigen Lage herauskommen, in der wir jetzt zu verkommen drohen. Deshalb wandten wir die internationale Anleihe, an der sich Deutschland selbst natürlich beteiligen wird. Was nun als Rest von Ententeforderungen bleibt, das ist mehr eine politische als eine technische Angelegenheit. Unser Nationalvermögen ist dahingegenwunden. Wir konnten daher auch der deutschen Produktion keine neuen Reize mehr anlegen. Alle Verschärfungen der deutschen Wirtschaft müssen fallen. Sollten wir uns überschätzen haben, so soll die Ziffer 4 der Note für eine Verzichtsmöglichkeit Vorsehe treffen. Redner geht sodann eingehend auf den Wiederaufbau Frankreichs ein. Unser Standpunkt, daß Deutschland alle seine Reparationsverpflichtungen bis 1921 in Höhe von 20 Milliarden Goldmark voll erfüllt habe, wird von der Entente nicht geteilt. Schon bei den Schiffen rechnet die Entente anders als wir. Wir bieten nun nochmals 1 Milliarde Goldmark für diesen